

Kai van Eikels

## ZUKUNFT WISSEN WOLLEN?

### Prognose und Politik

Um das große Thema „Prognose und Politik“ anzugehen, hatte ich im Abstract<sup>1</sup> vorgeschlagen, sich mit politischer Macht im Hinblick auf ihre Abhängigkeiten zu befassen. Das Thema verführt ein bisschen zu der Annahme, man könne von der Prognose her die gesamte politische Theorie neu aufrollen. Ich habe mich selber zu bremsen versucht, indem ich die Frage so zuspitze (d.h. verenge): Wie können die Instanzen, die politische Macht ‚haben‘ (was immer ‚haben‘ hier jeweils heißt), die Zukunft wissen wollen? Wie kreuzen oder durchkreuzen sich dort, wo Politik Prognosen verwendet, ein Wille zum Wissen und ein politischer Wille?

Ich hatte zunächst zwei Hypothesen skizziert, die sich in gewisser Weise widersprechen, deren Widerspruch aber vielleicht die Aufmerksamkeit schärft für die widersprüchliche Verfassung von politischer Macht – für die Spannung zwischen dem, was an der politischen Macht *politisch* ist (ich hatte das mit Aristoteles bestimmt als ihre Orientierung auf eine *praxis*, ein gewissermaßen exzessiv gegenwärtiges Handeln, das von einer Freiheit des Entscheiden-Dürfens Gebrauch macht und dafür einer *sophrosyne*, eines dem Handeln eigenen Maßes und Ermessens bedarf) und dem, was an der politischen Macht *Macht* ist (und ich hatte mich der Einfachheit halber auf zwei extreme Bestimmungen beschränkt: die von Hannah Arendt, die Macht auf die Unterstützung eines Handelnden durch andere zurückführt, und die etwa von Hobbes, Carl Schmitt und Giorgio Agamben vertretene Auffassung, die Macht als souveräne *potestas*, d.h. als eine bisweilen nichtaktualisierte Gewalt und als einen unentwegten impliziten Druck der Herrschaft auf das Leben der Beherrschten versteht).

Die erste Hypothese ist mit dem verbreiteten kritischen Einwand verbunden, dass das, was sich heute Politik nennt, eigentlich nicht mehr politisch sei. Dies zeigt sich offenbar besonders deutlich dort, wo Politiker sich in ihren Entscheidungen nach Prognosen von Experten richten (oder nach den Empfehlungen von „Politikberatern“, die ihrerseits mit Prognosen arbeiten). Und es zeigt sich rückblickend auch in der langen Geschichte der Kompromittierung von Politik durch Vorhersagen, in der Regelmäßigkeit, mit der Herrscher die Hilfe von Orakeln, Sehern und Propheten in Anspruch genommen haben, ehe sich etwa in der Mitte des 18.

---

<sup>1</sup> Downloadbar unter <http://www.prognosen-ueber-bewegungen.de/de/aktuell/tagung-prognosen-ber-bewegungen> .

Jahrhundert ein systematisches wissenschaftliches Wissen formierte und die moderne Prognose hervorbrachte. Was sich in der Geschichte wiederholt hat, so könnte man sagen, ist die Ersetzung politischer Abhängigkeiten durch a-politische – ein Tausch jener Abhängigkeiten, die zur politischen Macht gehören, insofern diese Macht es mit der Welt des Veränderlichen zu tun hat, dabei selbst zeitlich, d.h. endlich ist, gegen andere Abhängigkeiten, die den Herrschenden oder Regierenden offenbar weniger gefährlich oder weniger einschränkend erschienen. Diese anderen Abhängigkeiten sind anders auf der Ebene des Wissens, denn es handelt sich um die Übertragung der Entscheidungs- oder Bestimmungsmacht von einer politischen Vernunft auf einen metaphysischen oder einen wissenschaftlichen *logos*. Und sie sind anders auf der Ebene der Personen oder institutionellen Instanzen, denn die politischen Machthaber räumen damit Menschen oder Institutionen Einfluss ein, die selber keine politische Verantwortung tragen und auch nicht entsprechend legitimiert sind. Das wäre also, kurz gesagt, die erste Hypothese: Wo immer Vorhersagen oder Prognosen in der Politik auftauchen, finden wir, zumindest als Tendenz, eine Entpolitisierung der politischen Macht.

Man kann die Heterogenität von politischem Handeln und metaphysischem oder wissenschaftlichem Wissen im Hinblick auf die Vorhersage aber auch umgekehrt lesen: Man kann sie – und das wäre die zweite Hypothese – als eine *Auslagerung von Fehlbarkeit* verstehen und zugleich als *Distanzierung eines Wissens*, das um die Gegenwart der politischen Macht *konkurriert*, indem man die Instanz dieses Wissen an die Zukunft verweist. Denn es gibt in der abendländischen Politik seit der Antike, d.h. seit eine *politische Theorie* sich artikuliert, einen Kompetenzstreit zwischen der politischen Praxis als einer wesentlich rhetorischen ‚Bewegungs-Kunst‘ des Handelns, die das Entscheiden-Können als Aus- und Aufführungsort menschlicher Freiheit begreift (welchen Sinn und Status diese Freiheit dann jeweils auch erhält), und einer Wissenschaft des Wahren, die sich als Grundlage einer Rationalität des Richtigen zu etablieren sucht und die das Entscheiden-Müssen als Ort eines Problems wahrnimmt, das der Handelnde nicht aus eigenem Ermessen zu lösen vermag, für dessen korrekte Behandlung er vielmehr eines übergeordneten, metapolitischen Wissens bedarf. Die politische Praxis hat ein schwieriges, heikles Verhältnis zum Wissen: Einerseits kann ihre Insistenz auf der Freiheit des Entscheidens sich nicht einfach auf Unwissenheit berufen. Andererseits muss sie eben diese Freiheit gegen den Determinismus verteidigen, mit dem das wissenschaftliche Wissen ihr als Besser-Wissen nahe rückt.

Und im Hinblick auf diese Verlegenheit ließen sich die Figuren des Orakels, des Sehers und des Prognostikers als Instanzen einer zugleich performativen und symbolischen *involvierten*

*Distanzierung des Wissens vom Handeln* betrachten. Die politischen Entscheidungsträger, hieße das, lassen sich zwar dort, wo sie Gutachten über die Zukunft einholen, mit einem der Politik heterogenen, als „Weisheit“, „Erleuchtung“ oder „wissenschaftliche Erkenntnis“ vom Praxiswissen der Politik unterschiedenen Wissen ein. Doch sie dispensieren mit diesen Beratern zugleich jene Figur des Theoretikers, der ihnen seit Platon mit dem Anspruch zusetzt, der wahre Herrscher zu sein. Und es ist vielleicht gerade Prekäre der Anwendung des als Wahrheit Erkannten zur Vorhersage der Zukunft, das diese Distanzierung eines fremden, die Freiheit des Entscheidens beschneidenden Wissens immer wieder möglich gemacht hat. Die Vorhersage wäre für die Politik, so betrachtet, nicht allein als Garant höherer Sicherheit von Macht wichtig, sondern *ebenso* als Quelle von Fehlern und Zeugnis der Fehlbarkeit eines um die Macht konkurrierenden personalen und institutionellen Subjekts des Wissens.

Ich möchte die Spannung zwischen diesen beiden Hypothesen bestehen lassen und im Folgenden sozusagen innerhalb dieses Spannungsfelds eine Veränderung oder Verschiebung untersuchen, die für den aktuellen politischen oder a-politischen Status von Prognosen meines Erachtens wichtig ist: eine bestimmte Verschiebung von den magischen Praktiken des Vorhersehens und Vorhersagens, den Orakeln, Visionen und Prophetien, zu dem, was wir heute Prognose nennen. Es geht mir nicht darum, diese Verschiebung historisch durch irgendein Datum zuverlässig zu fixieren, aber man kann sicherlich sagen, dass sie mit dem Entstehen, der Etablierung und der wachsenden Bestimmungsmacht der sog. politischen Ökonomie zu tun hat – also einer Formation des Wissens, deren erste Zeugnisse Michel Foucault schon im 17. Jahrhundert und frühen 18. Jahrhundert aufgespürt hat, deren Erfolg aber im Zusammenhang steht mit einer Reihe von Krisen und Refigurationen der Souveränität etwa ab Mitte des 18. Jahrhunderts – und deren Relevanz für einen grundlegenden Wandel des Wesens von Macht (auch das scheint mir wichtig) offenbar erst zum Ende des 20. Jahrhunderts verständlich wurde.

Ich werde mich aus Zeitgründen (und auch weil das auf dieser Tagung schon getan wurde) hier nicht mit dem zahlreichen feinen Übergängen, Zwischenstufen, Brüchen und Wiedereinschreibungen befassen, die von der magischen Vorhersage zur Prognose und auf einzelnen Spuren zur Magie zurück führen, sondern zunächst sehr grob und schematisch einige Unterschiede festhalten:

Erstens – die magische Vorhersage richtet sich in ihrem Kern, auch wenn der von diesem oder jenem spezifischen Interesse ummantelt ist, auf etwas, was absolut *gewünscht* wird oder absolut *vermieden* werden soll. Die Zeit dieser Vorhersage ist die eines Schicksals, einer

Zu-kunft, deren relative Verbindlichkeit sich von einem absolut komprimierten Augenblick herleitet, in dem das Schicksal sich *erfüllt* – positiv oder negativ, als höchste Ermächtigung des souveränen politischen Willens über die wirre und veränderliche Welt oder als fatale Evidenz der Ohnmacht im Zentrum der Macht. Die technische Überlegenheit der Prognose besteht demgegenüber darin, dass der Wille zum Wissen, der sie speist, weder darauf abzielt, etwas um jeden Preis zu erreichen, noch darauf, es um jeden Preis zu vermeiden. Die prognostische Vernunft zeichnet sich durch eine prinzipielle Gelassenheit, ja man muss sagen: Gleichgültigkeit gegenüber den Extremen des Sieges und der Niederlage im Kampf mit den Schicksalsmächten aus. Eine Revolte, ein Umsturz, also etwas, was aus der Sicht eines Souveräns, der die Orakel oder Propheten befragt, als politische Katastrophe erscheint, gehört für diese Vernunft ebenso zur Realität, die sie überblickt, wie die wirtschaftliche Katastrophe der Knappheit, die medizinische Katastrophe der Epidemie usw. Und erst als ein solcher Teil der Realität, als etwas, was wahrscheinlich passieren wird, bietet das Ungewollte sich der lenkenden Beeinflussung durch entsprechende Maßnahmen dar. Prognostizieren heißt: nicht davon ausgehen, dass es nicht passieren darf, sondern annehmen, dass es passieren *wird*, früher oder später, mehr oder weniger, mit stärker oder schwächer ausgeprägten Konsequenzen zum Guten oder zum Schlechten.

Eben deshalb widerfährt den Prognosen etwas in der Regel nicht, was mit den Vorhersagen im Banne eines unbedingten Erreichen- oder Vermeidenwollens immer wieder geschehen ist: dass die *tatsächlichen Konsequenzen* von Schritten, die man im Hinblick auf dieses Ziel ergreift, diejenigen, die diese Schritte beschließen, völlig überraschen und diese Überraschung das Machtgefüge destabilisiert. Das gelingt um den Preis einer nachhaltigen Kräfteverschiebung innerhalb der Konstitution politischer Macht. Die politische Ökonomie führt eine Kategorie in das politische Denken ein, die den inneren Abstand der Souveränität (jenen Abstand zwischen Potenz und Akt, in dem die souveräne Herrschaft sich hält und den Agamben sehr richtig als ihre Regenerationsquelle beschrieben hat) radikal veräußert. Diese neue Kategorie ist die Wirksamkeit. Die Erfahrungen, die man im 17. und frühen 18. Jahrhundert mit der staatlichen Politik (dem, was damals „Polizei“ hieß) machte, zeigten, dass eine überlegt getroffene und mit Autorität durchgesetzte politische Entscheidung völlig ineffektiv sein konnte – ja, dass sie nicht selten genau das Gegenteil dessen bewirkte, was der Herrscher und seine Beamten erreichen wollten. Man verbot z.B. das Horten von Korn und legte die Preise per Dekret fest, und dennoch oder eben deswegen kam es zu einer Knappheit auf dem Markt und zu steigenden Preisen, zu denen unter der Hand verkauft wurde. Die neuen Theorien der Dynamik von ökonomischen Prozessen konfrontieren die politische

Entscheidung unter Verweis auf solche Phänomene mit einer Ohnmacht, die nicht in mangelnder Autorität, sondern in ihrer Wirkungslosigkeit besteht. Sie verweisen auf eine konstitutive Differenz zwischen dem, was eine vom Souverän gegebene *Anordnung* als Ausdruck seines Willens bezweckt, und dem, was diese Anordnung als *Intervention* tatsächlich bewirkt. Die Einheit der Differenz zwischen Anordnung und Intervention bestimmt die elementare performative Größe in der politischen Ökonomie: die Maßnahme.

Zweitens – und das hängt direkt damit zusammen: Die politische Ökonomie definiert Macht vom *Einfluss* her. War der Souverän das heroische Subjekt des Begehrens, die eigene Macht gegen die Zeit zu verteidigen, sich zum Herrscher über das Vergehen und den Wechsel selbst aufzuschwingen, indem er der Zukunft gewissermaßen einen *Bann* auferlegte, so muss der neue Typ des Staatspolitikers daran interessiert sein, jene Einflüsse, die eine bestimmte wahrscheinliche Wendung der Dinge einräumt, möglichst effektiv einzusetzen. Denn er weiß, dass die Konsolidierung seines Einflusses von der Effektivität der Maßnahmen abhängt, die er einleitet.

Die Abhängigkeit dieses *gouvernementalen* Politikers (um diesen Begriff von Foucault zu gebrauchen), die Abhängigkeit dieses Regierungsperformers von den personellen und institutionellen Instanzen der Prognostik ist also weitaus existenzieller als die des Souveräns von seinen hellstichtigen Beratern, denn es geht hier nicht darum, dass der politische Herrscher einen Teil seiner unendlichen Macht an andere Instanzen abtritt, um sich in der Mitte des Endlichen besser zu behaupten, sondern die Macht wird gerade von ihrer Endlichkeit her be- oder durchschnitten: Um jener Enden seines Handelns habhaft zu werden, die sich in der Zukunft befinden, braucht der Machthaber jemanden, der ihm sagt, wo sie wahrscheinlich zu finden sein werden. Die Zeit ist nicht mehr das Medium einer Gefährdung des Dauerhaften durch den Wandel, sondern das Medium von Einflüssen, ein systemloses System von Differenzen, die Handlungen von Wirkungen trennen. Aus der traditionellen Perspektive des Handelns zeigt sich nur dessen Systemlosigkeit. Erst aus der Perspektive des Einflusses, mittels einer Wendung der trennenden Differenz zwischen dem Akt und der Wirkung *in eine positive Größe*, tritt die Systematik des Systemlosen hervor. Und eben das leistet die Prognose oder behauptet sie überzeugend zu leisten: Sie wendet die Differenz zwischen gegenwärtigen Aktionen und zukünftigen Wirkungen in eine positive Größe, die sich der gegenwärtigen Aktivität als Wert zurechnen lässt.

Drittens – und diesen Unterschied werde ich versuchen, etwas eingehender zu analysieren: Es taucht eine neue Quelle der Gefährdung auf, etwas, was nicht mehr zum Objekt magischer

Vorhersagen taugt, das es aber zum Gegenstand von Prognosen zu machen gelingt: die Bevölkerung.

Die Unsicherheit, auf die ein souveräner Herrscher reagiert, indem er helllichtige Berater um sich scharf oder Seher und Orakel befragt, geht im Prinzip auf eine Gefährdung *durch Gleiche* zurück. Noch bei Machiavelli steht dieses Problem im Vordergrund: Der Fürst gilt ihm als souveräner Herrscher über sein Reich, egal ob von Geburt oder kraft einer Eroberung, aber im einen wie im anderen Fall handelt es sich beim Fürsten um einen Adligen unter Adligen, und die Mitglieder anderer Adelsfamilien streben ebenso nach der Macht, und ihre Anstrengungen zu seinem Schaden sind es vor allem, die ihn bedrohen. Der Volksaufstand kommt aus der Perspektive Machiavellis nur dort ernsthaft in Betracht, wo sich intrigierende Konkurrenten des Fürsten aus der Aristokratie die Unzufriedenheit von Teilen des Volkes zunutze machen, sie bündeln, ihr ein Profil geben, das sie mit der Intrige verknüpft. Wenn der Souverän in die Zukunft schauen muss, so um diese Intrigen rechtzeitig zu erkennen und möglichst im Keim zu ersticken.

Die Gefährdung der politischen Macht durch ihre Zeitlichkeit hat, solange sie das Verhältnis zwischen Gleichen betrifft, eine Art phantasmatischer Technizität: Es gibt eine *Rhetorik der Gefährdung*, d.h. eine Anzahl von Figuren, die das erfassen, was die Rivalen zu unternehmen vermögen, um einander die Herrschaft streitig zu machen. Die rhetorisierte Sprach- und Bewegungspraxis der magischen Vorhersage tritt, wie mir scheint, dort, wo die Zukunftsschau eine Relevanz für die souveräne Herrschaft erlangt, in eine enge Beziehung zu dieser Rhetorik der Gefährdung ein. Keine magische Vorhersagetechnik kommt ja offenbar ohne eine starke rhetorische Strukturierung sowohl des Verfahrens als auch des sprachlichen oder signifikanten Feldes aus, innerhalb dessen sie ihre Aussagen über das Zukünftige formuliert. Die Übersetzbarkeit der Vorhersagen in für den Souverän relevante Informationen, so betont enigmatisch jene sich teilweise geben und so aufwändig der Vorgang der Interpretation sein kann, beruht darauf, dass das politische Machthandeln ebenfalls rhetorisch strukturiert ist, dass sowohl die Sprachen als auch die Handlungsformen von Magie und Politik durch ihre wesentlich rhetorische Verfassung füreinander durchlässig sind.

Diese Situation kompliziert sich in dem Moment, da das Szenario der Gefährdung den engen, auf eine kleine Anzahl von Konkurrenten begrenzten Rahmen überschreitet und ein neuer Akteur auftaucht, dessen Verhalten nicht den wohlbestimmten und bekannten Figuren folgt, nicht von der technischen Stringenz einer Rhetorik des Handelns diszipliniert wird, sondern in weitaus radikalerer Weise als die Finten und Intrigen dieser Rhetorik unvorhersehbar ist – sozusagen *konstitutiv unvorhersehbar*, weil die Ursache seiner Intransparenz in seiner

*Ungleichheit* liegt. Dieser Akteur ist die Bevölkerung. Nicht das Volk, sondern die Bevölkerung – dieser Unterschied ist für das Wirkungsprofil der Prognose wichtig: Bei der Bevölkerung handelt es sich um eine Menge von Menschen, die eher der Hobbe'schen „multitude“ entsprechen als dem „people“, dem Volk, das durch die souveräne Macht mehr oder weniger geordnet ist und dessen unordentliche Tendenzen lediglich einen Überschuss, einen zusätzlich zu berücksichtigenden Faktor darstellen. Die Bevölkerung ist sozusagen die essenzielle und ins Positive gewendete Unordnung.

Das Verhalten der Bevölkerung bleibt metaphysischen, an Reflexen des Überzeitlichen in irdischen Bewegungen ausgerichteten Techniken der Vorhersage unzugänglich. Es wäre zwecklos, ein Orakel oder einen Seher nach der Zukunft der Bevölkerung zu befragen, von ihnen Aufschluss darüber zu verlangen, ob die Bevölkerung etwas tun wird oder nicht tun wird, ob sie sich gegen ihren Fürsten erheben wird oder ihn lieben und unterstützen. Solche Fragen bringen deshalb nichts, weil die Bevölkerung in sich selbst viel zu uneinheitlich ist, um sie mit irgendeiner distinkten Handlungsfigur zu identifizieren. Die Situation in der Bevölkerung ist eine ständige Mischung der gegensätzlichsten Denk-, Rede- und Aktionsweisen, und das gilt für ihre Zukunft nicht anders als für die Gegenwart: Es wird irgendwelche Individuen, Gruppierungen oder Strömungen in der Bevölkerung geben, die unzufrieden mit der Regierung sind, und darunter einige, die einen Aufstand vorbereiten, während andere ein glückliches und zufriedenes Leben führen und friedlich ihrem Tagewerk nachgehen. Anders als im Fall von adeligen Rivalen des Fürsten kann es bezüglich dieser in die undurchdringliche Vielzahl der Bevölkerung zerstreuten gefährlichen Tendenzen nicht darum gehen, ihr Vorgehen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt zu divinieren und gezielt spezifische Schritte dagegen zu ergreifen, ihnen auf der Ebene *ihres* Agierens gleichsam aus der Zukunft *entgegenzukommen*. Stattdessen wird man das, was da geschieht, insgesamt geschehen lassen müssen und sich darauf verlegen, bestimmte Kräfte innerhalb der Bevölkerung mithilfe anderer Kräfte in der Bevölkerung so umzulenken, dass sie dieser gefährlichen Tendenz entgegenwirken, sie abschwächen, kanalisieren, in etwas Harmloseres transformieren, sie jedenfalls unterhalb eines gewissen kritischen Levels halten.

Und dazu taugen keine prophetischen Verkündungen oder Orakelsprüche, sondern das erfordert Prognosen. Man muss nicht wissen, ob irgendwer dunkle Pläne gegen den Fürsten hegt, sondern welches Ausmaß das Phänomen der Unzufriedenheit erreicht hat, was für eine Verteilung es innerhalb der Bevölkerung hat, in welchem Tempo es sich entwickelt und wie die Aussichten für die weitere Entwicklung stehen. Es bildet sich das heraus, was Foucault das Sicherheitsdispositiv genannt hat. Die politische Macht wandelt sich vom Zentrum einer

Un-Sicherheit, einer aggressiv-defensiv, durch ein dem Schicksal trotzendes oder sich mit ihm verbündendes Widerstehen gegen Widersacher definierten souveränen Herrschaft, zur Quelle eines positiven Prozesses der *Konsolidierung*. Die Maßnahmen, die die Agenten dieser neu konfigurierten politischen Macht in die Wege leiten, zielen darauf ab, die Sicherheit zu erhöhen, so weit dies möglich ist, anstatt die fundamentale Un-sicherheit durch die auf der Ebene des Handelns vorausseilende Vernichtung ihrer phantasmatischen Doppelgänger zu verteidigen. Und das Zukunftswissen, das für Sicherheit sorgen soll, ist *dasselbe* Wissen, das auch für wirtschaftliches Wachstum, günstige Populationsentwicklung, steigenden Wohlstand und verbesserte Gesundheit zu sorgen versichert. Im Prozess der Konsolidierung verbindet sich die Vorstellung von politischer Stabilität mit der Idee des Wachstums. Es gibt, so eine zentrale Aussage der politischen Ökonomie, keine Stabilität außer durch Wachstum. Und wenn es darum geht, die Zukunft zu wissen, dann nicht, um Gefahren vorzubeugen, sondern um Maßnahmen zu treffen, die trotz allem und durch alles hindurch Wachstum erwirken, denn die Dynamik des Wachstums selbst wird den Einfluss aller gefährlichen Tendenzen begrenzen.

Dabei zeigt sich, wie diese Umwertung der Zukunft vom Kraftfeld jenes Zeitpunkts, da die Intrige gegen die gegenwärtige Herrschaft zuschnappt, zur Zeit einer dynamischen Verteilung von Chancen und Risiken zugleich das *Prinzip Ungleichheit* in das Verhältnis der politischen Vernunft zu sich selbst einführt. Das möchte ich im letzten Teil dieses Vortrags zu erklären versuchen.

Die Gleichheit der Menschen als zeitliche Wesen, die jede noch so autoritäre Form schicksalsgläubiger Herrschaft an irgendeinem Punkt anerkennt, ist in der Weise suspendiert, wie die wirksame politische Maßnahme sich auf ihren Gegenstand bezieht: als Bewegung, die durch das Medium eines konstitutiv Ungleichen hindurch bestimmte Konsequenzen auslösen soll. Noch dort, wo die Inhaber der Regierungsmacht sich schließlich selbst als Eine-Bewegung-unter-anderen in den Bewegungsraum der Bevölkerung projizieren (also als Instanzen einer „formalen Demokratie“ zu arbeiten beginnen), bleibt die Vielheit von Menschen, die die Bevölkerung bilden, durch ihre Ungleichheit, ihre Defizienz gegenüber dem Subjekt eines Handelns bestimmt. Noch da, wo überhaupt niemand mehr im vollen Sinne dieses Wortes *handelt*, teilt sich das, was man stattdessen unternimmt, durch die klug kalkulierte, effiziente Beschränktheit des Minderen mit: Das Objekt und Medium der Prognose wird das Zurechnungs-,Subjekt' von Performanceanstiegen und -abfällen sein, niemals jedoch das Subjekt eines Handelns. Es gibt, kurz gesagt, keine Rhetorik der

Bevölkerung. Man ersinnt im 19. und 20. Jahrhundert eine Mechanik, eine Mathematik, eine Chemie, eine Neuropsychologie und im 21. schließlich eine Biologie und eine Ökologie der Masse, aber keine dieser Systematisierungsanstrengungen findet den Anschluss an eine Rhetorik des Handelns wieder oder scheint dies auch nur versuchen.

Das schrankenlos geltende Prinzip Ungleichheit, das die Prognosen über das Verhalten der Bevölkerung ins Werk setzen, betrifft auch die Entscheidungen, die auf der Grundlage dieser Prognosen getroffen werden. Geht die Entscheidung nicht mehr aus einer primären Anmaßung hervor, sondern zeichnet sich im Zuge eines Spekulierens auf Wirkungen ab, verwandelt das die Zukunft von jenem dunklen Winkel, in dem schicksalhafte, die Selbstherrlichkeit der Willkür bedrohende Notwendigkeiten lauern, in die beklemmende Verengung der Gegenwart namens Kontingenz. Kontingenz heißt: alle müssen entscheiden, ob sie Macht zu handeln haben oder nicht. Die Entscheidung eines Mächtigen gehorcht *demselben* Zwang zu entscheiden wie die der Ohnmächtigen. Den Instanzen des politischen Entscheidens obliegt es dann in einer gouvernementalen Ordnung des Regierens *selbst*, sich über diejenigen zu erheben oder von denjenigen abzuheben, die Medium und Objekt ihrer Entscheidungen sein sollen.

Die politische Ökonomie bezieht ihren entscheidenden Vorteil aus einer anerkennenden Gleichgültigkeit gegenüber dem Vergehen der Zeit und dem einzelnen Ereignis. Für den Politiker, der das ökonomische Wissen verwenden will, um Entscheidungen zu treffen, die eine gewisse Autorität für sich beanspruchen können, bedeutet das eine Verpflichtung, diese Gleichgültigkeit in der Form der Entscheidung selbst zu reproduzieren. Will sie den Vorteil des ökonomischen Wissens um die Zeit nicht sogleich verspielen, muss die Entscheidung sich ihrerseits auf eine gewisse Weise aus der Gegenwart zurückziehen – muss sie sich, genauer, aus *der* Dimension des Gegenwärtigen entfernen, in der Subjekte und Objekte der Entscheidung *gleichermaßen anwesend* sind: aus der Gegenwart des Zusammenlebens, in der die Menschen das Kommende *erwarten*, es fürchten oder Hoffnungen darein setzen, sich dagegen verwehren oder sich etwas davon versprechen. Gouvernementales Entscheiden verlangt die aktive Aufkündigung einer Gemeinschaft des (Er-)Wartens. Ein wesentliches Moment der gouvernementalen Regierungsperformanz ist das inständige Sich-selbst-Ausnehmen aus dem Kreis derer, die Zukunftserwartungen teilen und gemeinschaftlich von dem, was die Zukunft bringt, betroffen sein werden.

Es ist das, was den Regierenden bleibt, um für sich selbst eine Quasi-Souveränität zu reorganisieren. Im gouvernemental regierten Staat kann Macht sich von Ohnmacht nur dadurch unterscheiden, dass sie diese Unterscheidung performativ, im Vollzug hervorbringt,

die Insignien des Mächtigen einem bestimmten Selbstverhältnis der Performanz und ihrer Vollzugsform der Entscheidung einschreibt. Es kommt darauf an, dass die Entscheidung selber das maßgebliche Mehr an sich hervorbringt, das sie als überlegene Reaktion auf den Zukunftsdruck von der unterlegenen, der Zeit bloß ausgesetzten Reaktion abhebt. Die Wirtschaftssprache hat für diese performative Differenz den Terminus des „proaktiven Reagierens“ geprägt. Ich finde, dieses oft verspottete Modewort trifft es im Grunde sehr präzise: Niemand vermag in einem gouvernementalen Szenario etwas anderes zu tun als zu reagieren. Die Machtverhältnisse hängen folglich maßgeblich davon ab, wer seine Reaktion als Aktion, ja möglichst: als etwas, was noch aktiver ist als der Akt, zu präsentieren vermag. Prognosen versprechen bei diesem Aktiv-Werden im Reagieren zu helfen. Sie verschaffen dem Entscheiden die immanente Beschleunigung, die ihm gestattet, in einer ironiefreien Wörtlichkeit *schneller zu sein als die vergehende Zeit*, weil die Entscheider es sich nicht mehr leisten können, die Gegenwart mit denen zu teilen, die von ihren Entscheidungen betroffen sein werden. Und sie können es sich nicht mehr leisten, eben weil nichts sie von diesen Betroffenen trennt.

Die Entscheidung des Souveräns ist von einer Exteriorität des Entscheidens gegenüber dem Objekt seiner Entscheidung bestimmt, zugleich jedoch durch die Figur einer schicksalhaften Rückwendung. Der souveräne Herrscher steht außerhalb des Volkes; er steht im Grunde auch außerhalb des Rechts, das für seine Untertanen gilt. Doch andererseits formuliert der Souverän seine Entscheidungen gewissermaßen im gespannten Dialog mit einem Anderen, dessen Ort und Position offen bleibt, in einem gegebenen Moment aber *besetzt werden kann*: von einem anderen Herrscher, den eine einflussreicher gewordene Gruppe von Adligen an seine Stelle setzt, oder von einem Fremden, der sein Reich erobert. Die Entscheidungen des Souveräns über diejenigen, die von ihm getrennt und seiner Macht unterworfen sind, werden im selben Moment rekonfiguriert von einer zeitlichen Perspektive, in der er sich selbst als Gleichem begegnet.

Die gouvernementale Entscheidung vollzieht sich quasi unter umgekehrten Bedingungen: Die Exteriorität des Entscheidungssubjekts ist aufgehoben. Der Politiker, der Entscheidungen trifft, verliert den Abstand zu jener Menge von Menschen, deren Leben die Entscheidungen beeinflussen. Es verbleiben ihm zwar bisweilen gewisse formale Sonderrechte (wie die juristische Immunität während der Amtsperiode), doch werden diese zusehends funktional und verweisen auf keine primäre Differenz mehr, die der politischen Ordnung selbst zugrunde läge. Um politisch-ökonomisch zu denken, hat der Politiker nicht unbedingt seine Person, wohl aber *sein Entscheiden* als Teil jenes dynamischen Gefüges zu begreifen, das die

Bevölkerung ist. Was immer er durch seine Entscheidung auslöst, wird eine Bewegung unter vielen sein, eine zwar starke Bewegung, die sich jedoch erst dadurch zu einer wirksamen Maßnahme entwickelt, dass sie sich mit anderen Bewegungen synchronisiert, diese verstärkt, um von ihnen verstärkt zu werden, in ihrer Verstärkung andere hemmt oder umlenkt usw. Die Regierungsperformanz ist ein Produzieren von Bewegungen innerhalb eines systemlosen Systems von Bewegungen.

Hinsichtlich seiner Entscheidungen befindet sich selbst der sog. Spitzenpolitiker in keiner grundsätzlich anderen Situation als ein Manager, dessen Weiterbeschäftigung durch das Unternehmen davon abhängt, ob seine Personal- und Strategie-Entscheidungen die Konsequenzen vergegenwärtigen, die sich als „sein Erfolg“ auffassen lassen. Alles, was er tut, wirkt im Umweg über jene vielfach ineinander verwirrten und nie völlig zu kontrollierenden Zirkulationen auf die Voraussetzungen seiner Tätigkeit und seinen Status als Träger von Kompetenzen zurück. Doch bedeutet dieser Umweg *keinen* gewährenden, temporales Volumen schaffenden Aufschub, keine Zeit, die ihm eingeräumt wird und während der alle gemeinsam darauf warten, ob das, was er tut, „Früchte trägt“ – sondern die Konsequenzen sind immer schon da, sie haben in dem Augenblick, da die Entscheidung ansteht, bereits begonnen, die Position, den Status, die Kompetenz des Entscheiders zu evaluieren.

Subjekt und Objekt der Entscheidung kollabieren, fallen zusammen in der Funktionalität des Regiert-Regierenden. Versucht die politische Entscheidung unter diesen Bedingungen überhaupt eine Quasi-Souveränität zu behaupten, so gelingt das nur, indem das Subjekt des Entscheidens seine Gleichheit mit den Objekten der Entscheidung in einer gewissen Hinsicht negiert – und diese Hinsicht ist eben das Verhältnis zur Zukunft: Man muss als Politiker (ebenso wie als Manager, als „Führungskraft“ in jeder Position) Entscheidungen treffen, *als ob* man nicht von ihren Konsequenzen betroffen sein wird. Man muss die Fähigkeit behaupten, als jemand, der im Moment des Entscheidens mit den Konsequenzen rechnet, die eigene Position nichtsdestominder von jener Gegenwart zu abstrahieren, in der man diese Konsequenzen für sich selbst befürchtet oder erhofft. Die Maßnahme (das, was wirkt) verlangt von demjenigen, der sie beschließt, stets einen virtuellen Schritt weg von *der* Gegenwart, in deren Zukunft die Konsequenzen des Beschlusses sich einstellen werden, hin zu einer anderen Gegenwart: der forcierten Präsenz einer *Entschlossenheit*, in der das Entscheiden selbst, die nackte Performanz des Entscheidens all das auf sich zieht und absorbiert, was in den Wertedifferenzen einer post-stratifikatorischen Gesellschaft noch an Reminiszenzen an das Souveräne verbleibt.

Man kann sagen, dass sich in der Entschlossenheit noch einmal die Souveränität *aufspielt*. Doch handelt es sich bei diesem Sich-Aufspielen eben nicht mehr um die Selbstinszenierung einer in der Gegenwart befestigten Herrschaft, die es, zugleich trotzig und listig, mittels einer zweideutigen Verbeugung vor dem, was jenseits ihrer Grenzen liegt, mit der Zukunft aufnimmt. Die Performanz des Regierens klammert sich vielmehr deshalb an eine emphatisch vertretene, immerzu ihre eigene Dringlichkeit unterstreichende und gerade darin sich „zukunftsfähig“ gebende Gegenwart des Entscheidens, weil sie um jeden Preis der Zukunft ausweichen muss, in der das gegenwärtig Eingeleitete gleichermaßen jeden ereilt. Die Entschlossenheit behauptet eine leere Identität der Freiheit des Entscheidens mit der Notwendigkeit, *jetzt so* zu entscheiden, weil sie eine Zukunft vorbereitet, die *ungleich verteilte Konsequenzen* bringen wird. Es ist die Differenz dieses Ungleichen, die das gouvernementale Entscheiden als seinen Amtssitz bewohnt.

Entscheidungen so zu treffen, als ob man nicht von ihren Konsequenzen betroffen sein wird – das bedeutet, wie Foucault ausgeführt hat, die Massivität eines kollektiven Ereignisses aufzulösen, das kollektive Ereignis als Gestalt der Zukunft zu einer Chimäre zu erklären und an seine Stelle eine ungleiche Verteilung von Konsequenzen zu setzen. Ohne Abstand, ohne zumindest so etwas wie eine *différance* zwischen Subjekten und Objekten der Entscheidung beruht die Macht des Entscheidens auf einer bloßen Selbstermächtigung der Entscheidungsinstanz, die sich von den Konsequenzen ihrer Entscheidung ausnimmt, ihnen in eine Gegenwart ausweicht, die durch eine Gleichgültigkeit vor der gemeinsam erwartbaren Zukunft geschützt ist. Die Prognose dient der Politik, sofern sie die Nachfrage nach einer solchen Gegenwart bedient – einer Gegenwart, in der die politische Entscheidung sich nicht genötigt sieht, ihren eigenen Konsequenzen direkt zu begegnen. Die Prognose gestattet der Politik, das Erwarten auszulagern, an der Peripherie der politischen Zuständigkeit eine zweite Instanz zu etablieren, die sich mit der Vorwegnahme von Konsequenzen befasst, so dass die Politiker dort, wo sie eine von Wissenschaftlern prognostizierte Zukunft als Grundlage ihrer Entscheidung benennen, eine gewisse, artifizielle Distanz innerhalb der eigentlich jetzt abstandlosen Immanenz von Entscheidung und Konsequenzen gewinnen. Und so ein sich souverän gebendes Entscheiden unter Bedingungen praktizieren, die es eigentlich längst unmöglich gemacht haben. Und eine nahe liegende Frage wäre: Ist das die zeitgemäß verminderte Fortsetzung der Politik oder das panische Verschleppen ihres Endes?